

# Bildungspolitische Wende?

## 1.000 Lehrer machen keinen Sommer



**Ute Schäfer** hat nachgerechnet, was alle Versprechen der neuen Koalition zu neuen Lehrern und Maßnahmen für den Landeshaushalt bedeuten.

Mit großem Pomp verkündete die neue Landesregierung, 4.000 zusätzliche Lehrstellen als Maßnahme gegen den Unterrichtsausfall in dieser Legislaturperiode zu schaffen. In seiner ersten Regierungserklärung am 13. Juli kündigte Ministerpräsident Rüttgers auch die ersten 1.000 Stellen bereits zum neuen Schuljahr an. Just zu Beginn dieses Schuljahres ließ sich Schulministerin Sommer für den „gewaltigen Kraftakt“ der Einstellung von zuletzt 936 Lehrern feiern.

### Taschenspielertrick?

Anders wird man die Lage sehen müssen, wenn man die vom Finanzminister Dr. Linssen dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegte amtliche Begründung für den Stellenzuwachs zur Kenntnis nimmt. Der Bedarf von zusätzlichen 1.000 Stellen wird dort ausdrücklich mit einer deutlich höheren Schülerzahl begründet. Die Lehrkräfte werden also gebraucht, um den normalen Unterricht für deutlich mehr Kinder zu erteilen. Sie senken weder die Klassenfrequenzen noch stehen sie als Reserve bei Unterrichtsausfall zur Verfügung. Allein die nach Mitteilung des Schulministeriums um 8.100 Schülerinnen und Schüler gestiegene Zahl der Erstklässler macht nach den geltenden Richtwerten zur Klassenbildung 320 neue Schulklassen erforderlich und benötigt dazu die 312 neuen Grundschullehrer. Ähnlich auch die Zahlenverhältnisse bei den weiterführenden Schulen und den Förderschulen, mithin ein Ausgleich für steigende Schülerzahlen, den auch die Vorgängerregierung alljährlich vorgenommen hätte. Fazit: ein durchschaubarer Taschenspielertrick der schwarz-gelben Landesregierung gleich zu Beginn ihrer Arbeit.

### Bleiben Grundschulbezirke?

Zahlreiche weitere Ankündigungen der neuen Koalition lassen daneben eher fürchten als hoffen. Die Ankündigung, die Grundschulbezirke bis 2008 abzuschaffen, hat schon den parteiübergreifenden Widerstand der Kommunalpolitiker hervorgerufen. Das von CDU-Bürgermeistern dominierte Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW lehnte in seiner jüngsten Sitzung dieses Vorhaben mit übergroßer Mehrheit ab. Dahinter steht bei allen Praktikern die große Sorge vor einer weiteren „Ghettoisierung“ bestimmter Grundschulen, durch die alle integrativen Ansätze zunichte gemacht würden. Breite Resonanz fand eine Blitzzumfrage der SGK bei Fraktionen und Bürgermeistern, die diese Einschätzung ganz überwiegend teilen.

Mittlerweile scheinen aber auch „Generationenminister“ Laschet („Ich halte das ganze nicht für durchdacht“, Westfälische Rund-

schau vom 18. August 2005) und Ministerin Sommer, die das Thema jetzt lieber auf die lange Bank schieben möchte, erkannt zu haben, dass reine Konkurrenzmodelle keine Garantie für bessere Bildungschancen sind.

### In der Wirklichkeit angekommen

In anderen Bereichen der Bildungspolitik scheint die schwarz-gelbe Koalition nach dem 22. Mai in der Wirklichkeit anzukommen.

Positiv, aber nicht ganz ehrlich, ist beispielsweise die Ankündigung, Mittel für die Sprachförderung für rund 20.000 Kinder in den Kindergärten bereitzustellen. Es handelt sich schlicht um die Fortsetzung des Programms der Vorgängerregierung, die die vorschulische Förderung von Kindern mit Sprachdefiziten gesetzlich verpflichtend eingeführt und im vergangenen Jahr noch 40.000 Kinder gefördert hatte.

Von einer „Stellenreserve“ zur „schulscharfen“ Bekämpfung des Unterrichtsausfalls oder gar von einer „Unterrichtsgarantie“ ist nicht mehr die Rede. Aber: „Geld statt Stellen“, jenes Programm der rot-grünen Landesregierung - angeblich wirkungslos und sofort gegen eine Stellenreserve in den Schulen zu ersetzen, so das Credo der CDU vor der Wahl - erfährt hingegen neue Zuwendung.



Es soll mit dem Nachtragshaushalt nochmals um rund 20 Millionen Euro aufgestockt werden. Ein Stück Kontinuität in der Bildungspolitik.

Das gilt auch für den weiteren Ausbau der Ganztagsprogramme an den Schulen, für die in der Regierungserklärung eine finanzielle Aufstockung für das begonnene Schuljahr von 24 Mio. Euro angekündigt wurde. Man darf gespannt sein, ob sich dies alles in dem für Ende September zugesagten Nachtragshaushalt wiederfinden wird.

### Teure Versprechen

Ute Schäfer hat jüngst nachgerechnet, was alle Versprechen der neuen Koalition zu neuen Lehrern und Maßnahmen für den Landeshaushalt bedeuten und kam auf die beachtliche Größenordnung von 900 Mio. Euro. Finanzminister Linssen weist laut General-Anzeiger vom 27. August rein vorsorglich auf einen sehr versteckten Passus der Koalitionsvereinbarung hin, nach dem auch im Schulbereich „erreichbare Rationalisierungsgewinne und Veränderungen aufgrund der demografischen Entwicklung“ beim Stellenabbau berücksichtigt werden müssen. Auf Deutsch: Einsparungen in Folge abnehmender Geburtenzahlen werden kassiert. Es bleibt abzuwarten, ob die zahlreichen Versprechen im Lichte der Realität von Haushaltszwängen auch tatsächlich und zeitnah erfüllt werden.

## Neue Landesregierung bremst Investitionen bei Krankenhäusern

# „Tritt in die Kniekehlen der Krankenhäuser“



**Birgit Fischer:** „Desaster für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen.“

dem Wahlkampf und lasse die Kranken und Krankenhäuser im Stich, so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Die Krankenhäuser stünden vor großen Herausforderungen, um im Wettbewerb um die beste Qualität der medizinischen Versorgung Schritt halten zu können

und benötigten auch weiterhin ausreichende Mittel für bauliche Veränderungen und Modernisierungen. „Wer sein Haus nicht rechtzeitig modernisiert, wird weder die erwartete Qualität der Versorgung sicherstellen noch wirtschaftlich arbeiten können.“

### JEDER EURO IM HAUSHALT VERANSCHLAGT

Leidtragende sind Patienten, Ärzte und Pflegekräfte sowie Kommunen, deren gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im Zweifelsfall nur noch in benach-

barnten Kommunen sichergestellt werden kann. Minister Laumann gefährdet damit eine wohnortnahe und zeitgemäße qualitätsgesicherte Versorgung“, stellte Fischer fest. Laumann entgegnet der Kritik mit dem Hinweis, dass bis zum Jahr 2004 dem Gesundheitsministerium rechtskräftige Bewilligungsbescheide der Vorgängerregierung von über 600 Millionen Euro vorlägen, die noch bis 2010 ausfinanziert werden müssten. Er sei gezwungen, diese „Altlasten“ zu zunächst abzubauen, wobei jährlich nur 170 Millionen Euro an Barmitteln zur Verfügung stünden. Der Konter Fischers folgt prompt: Den Investitionsstopp mit 'Altlasten' der Vorgängerregierung zu rechtfertigen, sei absurd und für einen Minister blamabel, da es sich um langfristig bewilligte Baumaßnahmen handele. In den vergangenen Jahren sei jeder Euro im Haushaltsentwurf veranschlagt und vom Landtag als Haushaltsgesetzgeber bestätigt worden. Im Haushalt 2004 und 2005 seien jährlich 486 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und 255 Millionen Euro jeweils als Verpflichtungsermächtigung veranschlagt worden. Fischer: „Die schwarz-gelbe Regierung zieht sich aus der Verantwortung des Landes für die Krankenhäuser zurück.“

Die Ankündigung von NRW-Gesundheitsminister Laumann (CDU), in den nächsten Jahren keine neuen Bewilligungen für Investitionen für Krankenhäuser erteilen zu wollen, stößt auf harsche Kritik. Als „Tritt in die Kniekehlen“ der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser charakterisierte der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Prof. Dr. Ingo Flenker, Laumanns Äußerungen zur Zukunft der Krankenhausfinanzierung. Die Krankenhäuser in NRW wollten nicht in eine Luxusversorgung investieren, sondern bräuchten die Landesmittel, um Gebäude und Geräte zu modernisieren und wenigstens einigermaßen auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Besonders verärgert zeigte sich Flenker über den Gesinnungswandel des Bundesvorsitzenden der Sozialausschüsse der Union, der in der Opposition ebenso wie CDU-Landtagsfraktion stets gefordert hatte, den Investitionsstau bei der Klinikfinanzierung in NRW zu beseitigen.

Als „Desaster für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen“ bezeichnete Ex-Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) den „Investitionsstopp“ der neuen Landesregierung. Die Regierung Rüttgers rudere erneut zurück, breche eigene Versprechen aus